

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis															
	GRÜNE	<p>Kapitel 02 030</p> <p>Titel (NEU)</p> <p>Neuer Titel</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2021</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> </tr> <tr> <td>VE</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Projektmittel (Laufzeit drei Jahre) dienen der Förderung und dem Aufbau von Städte- und Regionalpartnerschaften, die sich insbesondere auf die regionale Gesundheitspolitik fokussieren. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig auch grenzübergreifender Austausch zwischen den kommunalen Gesundheitsbehörden ist. Vernetzte regionale Gesundheitsstrukturen können im Falle von (grenzübergreifenden) Gesundheitskrisen maßgeblich zur Krisenbewältigung beitragen, indem sie gemeinsame Schutzmaßnahmen koordinieren bzw. harmonisieren. Der Aufbau solcher grenzübergreifenden Strukturen kann</p>	2021		Ansatz lt. HH 2020	von	- Euro		um	500.000 Euro		auf	500.000 Euro	- Euro	VE	1.000.000 Euro		<p>CDU SPD FDP GRÜNE AFD</p>
2021		Ansatz lt. HH 2020																
von	- Euro																	
um	500.000 Euro																	
auf	500.000 Euro	- Euro																
VE	1.000.000 Euro																	

		<p>ebenfalls präventiv gegen die Ausbreitung von Gesundheitsrisiken wirken und sollte sich daher nicht nur auf die aktuelle Corona-Pandemie beschränken. Wo regionale und lokale grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Bedeutung gewinnt, müssen Kreise und Kommunen entsprechend unterstützt werden. Verstärkte Kooperationen der Gesundheitsbehörden, regelmäßiger Erfahrungsaustausch, die bedarfsgerechte Versorgung von Patientinnen und Patienten aus den Grenzregionen und weitere Maßnahmen sollen gefördert werden.</p>	
--	--	---	--

		<p>Verknüpfung mit Angeboten aus dem Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) angestrebt. Das stark zukunftsgerichtete, problemlösungsorientierte Konzept der BNE ist in besonderer Weise geeignet, aktuelle europapolitische Fragestellungen in einzelne Bildungsangebote zu integrieren. Somit zielen die Weiterbildungsmaßnahmen des Programms sowohl auf Erwachsenenbildung als auch auf Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 02 030 Titel (NEU)</p> <p>Neuer Titel</p> <p>Europa Einrichtung eines interdisziplinären Reallabors als Europäisches Bauhaus in Gründung</p> <p>2021 von - Euro um 500.000 Euro auf 500.000 Euro</p> <p align="right">Ansatz lt. HH 2020 - Euro</p> <p>Begründung: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat angekündigt, eine neue Europäische Bauhaus-Bewegung anstoßen zu wollen, die nicht nur im Einklang mit dem Green Deal steht, sondern dessen Prinzipien auch aktiv in der Bauwirtschaft und Stadtplanung anwendet und weiterentwickelt. Es sollen moderne Stadtentwicklungskonzepte auf Basis der technologischen Fortschritte im Bereich Digitalisierung, des Klimaschutzes und der Ansprüche der Bevölkerung an Ästhetik und eine erhöhte Lebensqualität entwickelt werden. In einem ersten Schritt sollen dazu europaweit fünf Europäische Bauhaus-Projekte entstehen.</p>	<p>CDU SPD FDP GRÜNE AFD</p>

		<p>Für ein solches Europäisches Bauhaus-Projekt wäre das nördliche Ruhrgebiet bzw. die Emscher-Region geradezu prädestiniert. Die Landesregierung soll die veranschlagten Planungsmittel einsetzen, um ein Reallabor als Europäisches Bauhaus in Gründung ins Leben zu rufen. An diesem Reallabor sind die kommunalen Architektenkammern, Handwerksverbände und die Bauindustrie ebenso zu beteiligen wie Expertinnen und Experten aus den Bereichen nachhaltiges Bauen/nachhaltige Stadtentwicklung, Kunst und Design. Eine breite Bürger*innenbeteiligung wird ebenfalls angestrebt.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis															
	GRÜNE	<p>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten Titel (NEU) Koordination der internationalen Kommunalpartnerschaften</p> <p>Neuer Titel</p> <table data-bbox="609 738 1435 906"> <tr> <td>2021</td> <td></td> <td>Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>350.000 Euro</td> <td>- Euro</td> </tr> <tr> <td>VE</td> <td>700.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Projektmittel (Laufzeit drei Jahre) dienen der landesweiten Koordination aller internationalen Kommunalpartnerschaften und können ggf. fremdvergeben werden, beispielsweise an die Auslandsgesellschaft. Aktuell bestehen zahlreiche Städtepartnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen und ausländischen Kommunen. Diese kommen meist auf Eigeninitiative der beteiligten Kommunen zustande, eine landesweite Koordination fehlt jedoch bislang. Eine zentrale Koordinierungsstelle soll die Kommunen bei der Anbahnung und Ausgestaltung ihrer Kommunalbeziehungen unterstützen und begleiten. Auf diese Weise profitieren die Kommunen von best-practice-Lösungen und etablierten Partnerschaftsmodellen. Gleichzeitig ergibt sich für das Land die Möglichkeit, einheitliche Stan-</p>	2021		Ansatz lt. HH 2020	von	- Euro		um	350.000 Euro		auf	350.000 Euro	- Euro	VE	700.000 Euro		<p>CDU SPD FDP GRÜNE AFD</p>
2021		Ansatz lt. HH 2020																
von	- Euro																	
um	350.000 Euro																	
auf	350.000 Euro	- Euro																
VE	700.000 Euro																	

		<p>dards – insbesondere im Bereich Menschenrechte – zu setzen, beispielsweise durch die Bereitstellung von Handlungskonzepten. Hierbei soll zunächst ein besonderer Fokus auf die Partnerschaften mit Kommunen in der Türkei und China gelegt werden.</p>	
--	--	---	--



Ausschuss für Europa und Internationales

38. Sitzung (öffentlich)

10. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**
(s. Anlagen 1 bis 4)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3998
Vorlage 17/3970
Vorlage 17/4132

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss für Europa und Internationales stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert zu.

2 Verschiedenes

14

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) (s. Anlagen 1 bis 4)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Vorlage 17/3998
Vorlage 17/3970
Vorlage 17/4132

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)
– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Dietmar Brockes macht darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Vorfeld Fragen zum Einzelplan 02 an die Landesregierung gerichtet habe. Diese seien mit Vorlage 17/4132 beantwortet worden.

Es sei ein enger Zeitplan vereinbart worden. Die Landesregierung habe gestern die Antworten in das Landtagssystem eingepflegt. Leider habe die technische Umsetzung nicht so funktioniert, dass den Abgeordneten die Antworten zur Verfügung gestanden hätten. Ein Kollege der SPD-Fraktion habe nachgefasst. Im Laufe des Abends seien die Antworten nachgereicht worden. Man werde das zukünftig anders handhaben.

Er verweise ferner auf die vorliegenden vier Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – vgl. **Anlage** zu diesem Protokoll.

Rüdiger Weiß (SPD) hält fest, es sei ein Fauxpas passiert. Zum zweiten Mal sei ein solcher technischer Fehler passiert, und der Ausschuss habe die Informationen sehr spät bekommen. Das mache eine vernünftige Beratung fast schon nicht möglich. Er hoffe, dass man die Ursache gefunden habe und dass das nicht wieder vorkomme. – Er bedanke sich bei der Landesregierung für die Beantwortung der Fragen.

Zum Bereich Europa: Er nehme zur Kenntnis, dass es einen Mittelaufwuchs gebe. Es gebe aber keine konkreten Angaben zur Ausfinanzierung einzelner Maßnahmen in diesem Kapitel. Nach Meinung seiner Fraktion werde damit eine Chance verpasst, was Verbindlichkeit, aber was auch die Nachprüfbarkeit verschiedener Ziele und Zielsetzungen angehe, hier für Klarheit zu sorgen. Er müsse an dieser Stelle nicht erwähnen, dass eine Prioritätensetzung wie etwa die soziale Dimension komplett fehle. Vor dem Hintergrund der jüngst geführten Diskussionen um die Situation von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in Grenzregionen hätte er sich da einen Akzent gewünscht, der aber, wie gesagt, leider nicht auftauche.

Auch werde eine Intensivierung der Beziehung zu Italien als Maßnahme angekündigt. Das werde aber konkret in keinem Konzept hinterlegt. Wenn man nicht den Eindruck

gewinnen solle, dass das vielleicht nur eine bloße PR-Maßnahme sei, dann wäre es notwendig gewesen, das konkret mit Maßnahmen zu hinterlegen.

Er wolle nicht versäumen, an dieser Stelle auf das Thema „Brexit“ einzugehen. Er glaube, dass sich alle mittlerweile von der Vorstellung verabschiedet hätten, dass der sogenannte „Brexit-Beauftragte“ irgendeinen Impuls für Nordrhein-Westfalen geleistet habe. Nach seiner Auffassung sei es eher so, dass die Arbeit der vom Landtag eingesetzten Enquetekommission deutlich mehr Ergebnisse gebracht habe als die von der Landesregierung eingesetzte Person des Brexit-Beauftragten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Gibt es den noch?)

Er nehme zur Kenntnis, dass zur Durchführung von Austauschmaßnahmen zwischen Schulen in NRW und dem Vereinigten Königreich Mittel bereitgestellt würden. Da hätte sich seine Fraktion einen stärkeren Aufwuchs an Mitteln und ein deutlicheres Signal seitens der Landesregierung gewünscht.

Er stelle fest, dass es im Bereich Internationales einen Aufwuchs an Mitteln gebe, die sich im Wesentlichen auf zwei Projekte verteilen, auf die Akademie für Internationale Politik und das Europäische Zentrum für die Wettervorhersage. Das sei sicherlich gut. Die Mittel seien dann an anderer Stelle gekürzt oder umgeschichtet worden. Zu dieser Umschichtung oder Kürzung gehörten die Mittel für die GIZ sowie die Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes NRW und für das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel. Falls die Zahlen falsch interpretiert würden, dann sollte man das richtigstellen. Das, was seine Fraktion aus den Zahlen herausgelesen habe, lege den Schluss nahe, dass hier gekürzt werde. Man werde sicherlich im Plenum über den Einzelplan sprechen, wenn der Haushalt dort noch einmal beraten werde. Dann werde seine Fraktion Anträge stellen.

In der Entwicklungspolitik würden sich die Leitlinien der Landesregierung widerspiegeln. Er wolle daran Kritik inhaltlicher und struktureller Art äußern. Die Landesregierung hinterlege begrüßenswerte Impulse aus den entwicklungspolitischen Leitlinien nicht mit den notwendigen Mitteln. Der zentrale entwicklungspolitische Hebel des Landes dürfe nicht einzig und allein in der Etablierung privatwirtschaftlicher Beziehungen bestehen. Er bestehe darin, zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Begegnungen im unmittelbaren Wirkungsbereich der Landespolitik zu ermöglichen. Hier hätten auch kleinere Summen schon einen großen Impuls setzen können. Das sei nicht passiert. Das seien verpasste Chancen.

Auf der Einnahmeseite würde durch die Einführung von Green Bonds und auf der Ausgabenseite in Form von Ear-Markings von allen Haushaltstiteln, die Auswirkungen auf das Erreichen der SDGs haben könnten, eine deutliche Akzentuierung vorgenommen. Das Nicht-Vorhandensein solcher Maßnahmen spiegele keine moderne Haushaltsführung wider.

Abschließend komme er zur Partnerschaft NRWs mit Südafrika: Es sei schade, dass diese Partnerschaft im Haushalt keine Rolle spiele. Er wolle an dieser Stelle nachdrücklich für eine Revitalisierung der Beziehungen zu Südafrika werben. Er wisse, dass es im Hause Überlegungen gebe, da vielleicht noch einmal etwas aktiver einzusteigen. Es wäre schön, wenn man dies angehen würde. Alles in allem könne seine

Fraktion aufgrund der fehlenden Akzentuierung, aufgrund der Nichtbeachtung der sozialen Dimension diesen Haushalt nur ablehnen.

Johannes Remmel (GRÜNE) erklärt, er habe keine grundsätzliche Rede vorbereitet, wolle aber die Koalitionsfraktionen fragen, mit was sie der Opposition entgegenkommen wollten, nachdem es zu dieser Verzögerung gekommen sei. Er frage, welchem Antrag seiner Fraktion die Regierungskoalition zustimmen könnte. Dann würde seine Kritik milder ausfallen. Es sei zumindest belastend für das Beratungsverfahren gewesen, dass die Antworten der Landesregierung nicht rechtzeitig zugeleitet worden seien. Dann hätten auch die anderen Fraktionen die Änderungsanträge seiner Fraktion ausführlicher studieren können. Sie lägen jetzt als Tischvorlage vor. Das werde auch den Anträgen, die den Haushaltsplanentwurf verbessern sollten, nicht gerecht.

Zur Bewertung: Der Haushalt habe sich in wesentlichen Teilen nicht verändert. Nun sei das nicht der größte Haushalt der Landesregierung, eher ein kleinerer Teil. Insofern beziehe sich die Kritik nicht darauf, dass das, was da stehe, gekürzt werden müsse, sondern es gehe eher darum, dass es zu wenig sei, dass die Dynamik, die im Zusammenhang mit der Europawahl stehe und dem, was an Aufbruch auf europäischer Ebene danach passiert sei, was man im internationalen Bereich diskutiere, auch mit Blick auf die Bedeutung von multilateralen Verträgen nicht ausreichend abgebildet und im Haushalt von Nordrhein-Westfalen fortgeschrieben werde. Das werde nicht mit neuen Initiativen aufgegriffen.

Seine Fraktion habe versucht, an einigen Stellen mit den Anträgen Akzente zu setzen. Er werde die Anträge gleich dezidiert erläutern und darlegen, warum sich seine Fraktion mehr Impulse wünsche. Im Haushalt stehe nicht viel Falsches drin, seiner Fraktion sei es eher zu wenig. Er bitte den Staatssekretär, die Personalie des Brexit-Beauftragten zu erläutern. Einen Tätigkeitsbericht habe der Ausschuss schon lange nicht mehr bekommen. Vielleicht gebe es auch andere Friktionen, die dazu führten, dass die Zusammenarbeit nicht mehr so gedeihlich sei, wie sie mal begonnen habe.

Oliver Krauß (CDU) bedankt sich für das Verständnis bei den anderen Fraktionen, dass die Übermittlung der Informationen etwas unglücklich gelaufen sei, was die enge Zeitfolge anbelange. Dem sei auch die Tatsache geschuldet, dass der Ausschuss die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen hier als Tischvorlage bekomme, was auch die Möglichkeiten begrenze, hier mit Geschenken und Entschädigungen aufzuwarten. Er glaube, das sei nicht die Zeit dafür.

Fest stehe, in schwierigen Zeiten würden im Bereich Europa und Internationales die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Seine Fraktion begrüße den Haushaltsplanentwurf ausdrücklich und sei der festen Überzeugung, dass die richtigen Impulse gesetzt worden seien. Die Gesamtausgaben – das sei bereits gewürdigt worden – erhöhten sich sogar im Bereich Europa, wo man natürlich auf die Erkenntnisse der Enquetekommission zurückgreifen werde. Im Bereich Internationales gebe es ebenfalls eine Erhöhung.

Kollege Weiß habe zum Glück nicht nur schwarz-weiß gesehen, sondern habe auch konkrete Projekte angesprochen. Er mache darauf aufmerksam, dass sich das Land NRW gerade während der Zeiten der Pandemie in Afrika eingebracht habe. Das heiße,

das Engagement auf diesem Kontinent sei nicht in irgendeiner Weise zurückgefahren worden, es könnten natürlich an der einen oder anderen Stelle Überlegungen angestellt werden, dass sich das Land dort stärker engagiere.

Im Rahmen der begrenzten Mittel und vor dem Hintergrund, dass der Sachstand in Sachen Südafrika wirklich ausdiskutiert sei und von allen demokratischen Fraktionen mit Bedauern zur Kenntnis genommen worden sei, verwundere es ihn schon, dass Herr Weiß noch einmal einen Anlauf in diese Richtung unternehme, gerade in Zeiten, in denen man den ghanaischen Partnern entscheidende Signale bei der Bekämpfung der Pandemie gesetzt habe.

Die zusätzlichen Haushaltsmittel für die Europa-Aktivitäten des Landes und die Pflege der europäischen Beziehungen wolle er besonders hervorheben. Gerade weil man vor den Herausforderungen des Brexits stehe, seien etwa für die Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen mehr Gelder eingestellt worden, die wichtig seien, die auch den Anliegen entgegenkämen, die Herr Weiß angesprochen habe, was die Grenzgebiete mit den Niederlanden und Belgien anbelange.

An Herrn Rimmel gewandt, fährt Herr Krauß fort, was die Koordinierungsstelle Kommunalpartnerschaften betreffe – vielleicht könne da auch die Landesregierung auf die Sprünge helfen, weil er nicht die Zeit gehabt habe, dies so kurzfristig zu recherchieren –, seien Überlegungen angestellt worden. Das sei auch schon im Ausschuss einmal angesprochen worden. Vielleicht sei die Landesregierung trotz der Kurzfristigkeit dazu sprechfähig. Wichtig sei das europäische Engagement der Kommunen und der Zivilgesellschaft NRW. Hier würden die Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ weiterhin unterstützt und entsprechend gewürdigt, weil auch in dem Bereich das kommunale Engagement unschätzbaren Wert liefere.

Herr Weiß habe die für Bonn und darüber hinaus wichtige Akademie für Internationale Politik erwähnt. Das werde in der Region Bonn/Rhein-Sieg als klares Bekenntnis des Landes Nordrhein-Westfalen sehr wohltuend wahrgenommen, weil es die Stadt Bonn als Standort von UN und Wissenschaft entschieden stärke. Es sei kein Geheimnis, dass im nächsten Bundestag weniger Abgeordnete sitzen würden, die noch Interesse daran hätten, die Interessen Bonns mit der gleichen Verve zu verfolgen wie bisher.

Die zusätzlichen Haushaltsmittel für Projekte im In- und Ausland habe er anklingen lassen. Den Koalitionsfraktionen sei die Unterstützung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit enorm wichtig. Hier müsse man weiterhin ein Bewusstsein in der Bevölkerung für globale Zusammenhänge schaffen, Kenntnisse über die Länder des globalen Südens schärfen. Damit setze man ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und würdige die Zivilgesellschaft und deren dankenswertes Engagement. Gleichzeitig rege man zu weiteren Initiativen in diesem Bereich an.

Alles in allem sei das ein guter Haushaltsentwurf in einer schwierigen Zeit. Hier würden die richtigen Akzente gesetzt. Trotz begrenzter Mittel würden hier klare Signale und klare Impulse gesetzt.

Sven Werner Tritschler (AfD) greift das auf, was Herr Krauß gesagt habe. Das Land befinde sich in schwierigen Zeiten. Da sollte man die Haushaltsmittel, die zur

Verfügung stünden, in die Bereiche lenken, die originäre Zuständigkeit des Landes seien. Damit habe man es hier nicht zu tun. Seine Fraktion habe bereits im letzten Jahr klargemacht, dass sie keinen Grund sehe, dass NRW eine eigene „Neben-Entwicklungspolitik“ betreibe und auch nicht, dass parteipolitisch tätige Einrichtungen mit Steuermitteln unterstützt würden. Das sei zwar nur ein sehr kleiner Teil des Landeshaushalts. Nichtsdestotrotz angesichts der angespannten Haushaltslage in diesem Jahr und wahrscheinlich auch in den Jahren in absehbarer Zukunft sei ein Beibehalten der Mittel und Ansteigen nicht zu rechtfertigen. Seine Fraktion werde den Haushaltsentwurf an dieser Stelle auf jeden Fall ablehnen.

Thomas Nüchel (FDP) erwidert, man mache hier keine „Neben-Entwicklungspolitik“, sondern man mache ergänzende Entwicklungspolitik aus regionalem Interesse heraus, das NRW selber habe, teilweise besonders mit den Regionen. Insofern sei das durchaus gerechtfertigt.

Nicht gerechtfertigt sei seiner Meinung nach die Kritik vom Kollegen Weiß, was Südafrika angehe. Das Suchen nach den richtigen Worten, ob man Türen einrenne oder durchdrücke zeige auch: Man habe es in Südafrika zurzeit nicht mit halb offenen Türen zu tun. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigten, dass manchmal sogar nur Falltüren offen seien. Südafrika sei ein tolles Land. Die Probleme seien aber schwierig, das habe auch mit innenpolitischen Themen in Südafrika zu tun. Da sollte man erst einmal abwarten, bevor man sich verzettele. Die Fokussierung auf Ghana, das Partnerland, halte er für richtig. Es gebe auch Erwartungen, nicht nur was den kommunalen Verwaltungsaustausch angehe, ob es um Hilfen beim Thema „Entsorgung“ gehe. Da die Vertiefung vorzunehmen, die Kräfte hineinzustecken bei dieser Partnerschaft, halte er für wesentlich zielführender.

Der Haushalt sei klein, kleiner als der Medienetat. Aber er habe schon eine große Wirkung durch die Fokussierung auf die Schwerpunkte, die sich die Landesregierung ausgesucht habe. Diese erfolgreiche Arbeit sollte man fortsetzen. Es werde noch eine Generaldebatte im Plenum geben. Er wolle aber einige Dinge ansprechen. Er nenne – das sei jetzt etwas Neues – den Wettbewerb für Berufsschüler als ein Beispiel, bei dem Interrailtickets zu gewinnen seien. Das werde verlost unter PR-Gesichtspunkten für eine gute Idee, die in dem Entwurf Eingang finde. So etwas habe Wirkung. Das sei ein praktisches Beispiel.

Die Politik kümmere sich um die Grenzräume. Das Weimarer Dreieck werde auch nicht vergessen. Auch gehe man nicht in den „Schmollwinkel“, was das United Kingdom angehe. Dass man Schüleraustauschmaßnahmen und bislang nicht repräsentierte Schüler als Zielgruppe anvisiere, halte er für eine gute Sache.

Im Bereich Internationales liege ihm Jordanien am Herzen. Da sollten die Projekte fortgeführt werden, die man begonnen habe. Man müsse auch Migrationsalternativen aufzeigen. Jordanien sei ein Land, das neben dem Libanon die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen aus Syrien aufnehme und eine Menge leiste.

Die Projekte, die auf dem Westbalkan und in Marokko angesteuert würden, seien wichtig. Das Thema „Israel“ müsse er nicht erwähnen. Da seien sich, glaube er, alle einig.

Bei der Konzentration auf die internationale Vernetzung sei der Einstieg in die geplante Förderung der NRW-Akademie für Internationale Politik wichtig. Auch nenne er die Stärkung der Bundesstadt Bonn mit der Bewerbung für das Europäische Zentrum für die mittelfristige Wettbewerbsvorteile. Wenn Bonn den Zuschlag bekommen sollte und das erfolgreich laufe, sei das Land mit weiteren Maßnahmen mit im Boot.

Es sei wichtig, was NRW mache. Es zeige den Menschen, wie wichtig Auslandsbeziehungen seien. Das werde sinnvoll weiterentwickelt, und man zeige den Bürgern, dass eine Vertiefung notwendig sei. Natürlich sei man nicht ganz uneigennützig. Es gehe auch um die Sichtbarkeit NRW im Ausland und darum, diese zu erhöhen.

Herr Remmel wolle einen Preis für das technische Versagen. Er sehe sich nicht in der Schuld. Er habe die Anträge sogar gelesen. Vielleicht sei das schon der Preis. Er glaube, dass beispielsweise das, was die Koordinierungsstelle für die Partnerschaften angehe, bereits erfüllt sei. Es sei der Antwort der Landesregierung zu entnehmen, dass 2020/21 die Netzwerksstelle der Städtepartnerschaften ausgeschrieben werde. Da unterstütze man die Akteure bei den Städtepartnerschaften weiter und entwickle die Bedarfe kontinuierlich weiter. Was das Bauhaus angehe, so werde darüber im Plenum auch diskutiert. Dazu gebe es einen Antrag.

StS Dr. Mark Speich (MBEI) bedankt sich für die wohlwollende Einschätzung des Haushalts und nimmt zu einigen der kritisch angesprochenen Punkte Stellung.

Aus der Perspektive eines Ressorts sei eine Erhöhung der Mittel immer erfreulich. Aber man erkenne an, dass man sich insgesamt in finanzpolitisch haushalterisch herausfordernden Rahmenbedingungen bewege. Insofern sei der moderate Mittelanstieg, der in diesem Haushalt hinterlegt sei, ein klares Signal, die internationale Arbeit, die europäische Arbeit der Landesregierung weiter zu unterstützen. Insofern glaube er, dass das ein Haushaltsansatz sei, mit dem die Landesregierung wirklich konstruktiv gestalten könne.

Von Herrn Weiß seien die europapolitischen Prioritäten angesprochen worden, die keine Prioritäten des Europaressorts allein seien, sondern Prioritäten der gesamten Landesregierung. Insofern bildeten sie sich nicht allein im Handeln des Europaministeriums ab. Da, wo man das könne, werde man immer diese Prioritäten berücksichtigen. Das sei völlig klar. Aber es sei etwas, was die gesamte Landesregierung binde.

Prioritäten heiße immer, dass man bestimmte Dinge dann vielleicht etwas weniger akzentuiere, weil man mit einer solchen Prioritätensetzung Akzente setze. Das heiße aber nicht, dass man die anderen Themen gar nicht behandle. Herr Weiß habe als Beispiel das Thema „Zeitarbeit“ angesprochen, gerade im NRW-niederländischen Kontext. Das sei ein Thema, das, obwohl die soziale Dimension nicht als eigene Priorität hervorgehoben worden sei, intensiv bearbeitet werde, aber eher in einem bilateralen Kontext. Das sei regelmäßiges Thema der Task Force mit den Niederlanden. Es sei Gegenstand der Gespräche, die das MAGS mit dem niederländischen Arbeitsministerium führe. Man wisse, dass es da ein handfestes Problem gebe, das sich grenzüberschreitend manifestiere, wo man handeln müsse. Das geschehe auf allen Ebenen, auf denen das möglich sei. Da wolle man auch nicht auf Brüssel warten. Das wäre der

falsche Ort, wo man vielleicht einmal eine ganz grundlegende Regelung finde. Hier habe man einen unmittelbar dringenden Handlungsbedarf. Der werde angegangen.

Herr Weiß habe das Thema „Italien“ angesprochen. Das sei ein Thema, das das Land tatsächlich seit einiger Zeit beschäftige. Man sehe die große Zahl der italienstämmigen Zuwanderer, einige seien noch Italiener, andere seien Deutsche, lebten seit Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen und hätten mit dazu beigetragen, dieses Bundesland aufzubauen. Das müsse er nicht alles erzählen, das wüssten alle, doch habe es nie eine vertiefte etablierte Kooperation mit einer der italienischen Regionen gegeben. Das sei man nun angegangen.

Es habe dazu Ende des vergangenen Jahres Gespräche mit der Region Piemont gegeben. Man habe geguckt, wo es schon gewachsene Strukturen, wo es Wissenschaftsbeziehungen gebe, wo es wirtschaftliche Beziehungen gebe, die intensiv seien. Wenn man das in den Blick nehme, stoße man in Italien auf drei Regionen: Die Lombardei, Venetien und Piemont. Die Lombardei habe seit Langem ein Partnerschaftsabkommen mit Baden-Württemberg. Venetien sei momentan in einer politisch herausfordernden Situation. Piemont habe eine Wirtschaftsstruktur, die der Nordrhein-Westfalens ziemlich ähnlich sei. Es gebe eine lange industrielle Tradition, und es gebe ländliche, agrarische Gebiete mit mittelständischen Strukturen. Und es gebe das ausgeprägte Interesse an einer Zusammenarbeit. Das sei in Gesprächen mit dem Regionalratspräsidenten auch eindeutig bestätigt worden.

Dann sei 2020 gekommen. Die Rahmenbedingungen hätten sich dramatisch verändert. In Piemont habe das unmittelbare Auswirkungen gehabt, weil der Regionalratspräsident selbst an Corona schwer erkrankt und ausgefallen sei. Der geplante Arbeitsbesuch sei verschoben worden. Man sei hier beim Vorantreiben der Kooperation ein Opfer der COVID-19-Situation geworden. Man werde aber – das sei vereinbart – sofort wieder daran anknüpfen, wenn der persönliche Austausch wieder möglich sei. Man treibe das bislang virtuell – früher habe man gesagt – auf fernmündlichem Wege voran. Es gebe das Anliegen, das weiter zu betreiben. Es gebe auch thematische Vorstellungen, um ein Stichwort zu nennen. In Piemont gebe es große Anstrengungen, die Wasserstoffökonomie voranzutreiben. Das sei ein Thema – Wirtschaftsminister Pinkwart habe das gestern vorgestellt –, das das Land intensiv beschäftige und wo es enorme Potenziale der Kooperation gebe. – Das zu der Zusammenarbeit mit Italien.

Der Brexit-Beauftragte sei mehrfach angesprochen worden. Er verweise in dem Zusammenhang auf einen Bericht der Landesregierung an den Ausschuss vom 22. November 2017. Darin werde festgestellt, dass der Brexit-Beauftragte seine Tätigkeit für zwei Jahre wahrnehmen werde. Insofern sei er mit dem Eintreten des Brexits zum 1. Februar aus dem Amt ausgeschieden. Seinen Rat habe man auf dem Weg bis dahin sehr geschätzt. Er sehe die Arbeit auch nicht als Kompensationsfunktion zur Enquete-Kommission, die hervorragende Arbeit leiste. Das sei so umfassend, wie es angelegt sei, enorm hilfreich. Der Brexit-Beauftragte habe eine andere Funktion gehabt, eine für die Landesregierung intern beratende. Bis zum letzten Moment habe es da keine Friktionen gegeben.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien seien angesprochen worden: Auch das seien Leitlinien, die die gesamte Landesregierung in ihrem Handeln binden würden, da, wo

sie übergreifende Bezüge hätte. Sie leiteten auch in den Projekten, die bewilligt würden, in der Ausrichtung der entwicklungspolitischen Arbeit. Dass man irgendwie den Anspruch hätte, eine „Neben-Entwicklungspolitik“ oder „Neben-Außenpolitik“ zu betreiben, das könne man wirklich nicht sagen. NRW sei ein Land, das auf intensive Weise international vernetzt sei. Die Arbeit in internationalen Bezügen sei geradezu wesentlich typisch für ein Land dieser Größe und der internationalen und wirtschaftlichen Verpflichtungen. Auch auf Grundlage der gewachsenen Beziehungen, die man zu Partnerregionen in der ganzen Welt habe, sei es selbstverständlich. Man versuche, die spezifischen Stärken des Bundeslandes zu nutzen, die der Bund gar nicht habe. Insofern mache man das auch in enger Abstimmung mit der Bundesregierung. Die politischen Akzente seien auf enge Weise abgestimmt mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dort sei noch nie der Vorwurf einer „Neben-Entwicklungspolitik“ erhoben worden. Sie sähen das als wertvolle Ergänzung ihrer eigenen Arbeit, die sie etwa beim Verwaltungsausschuss so gar nicht leisten könnten.

Auf Landesebene manifestierten sich Fragen in der Verwaltung, die auf Bundesebene so nicht vorhanden seien. Das sei etwas, wo man die Stärken des Landes einbringen könne. Er würde nie sagen, es gehe allein um die Privatwirtschaft in diesen Zusammenhänge. Wenn man aber Beschäftigungsperspektiven in den Ländern des globalen Südens schaffen wolle, müsse man die Privatwirtschaft eng und intensiv einbringen. Das werde auch in den Leitlinien zum Ausdruck gebracht. Eine erfolgreiche internationale Zusammenarbeit sei eine Zusammenarbeit, die auch die Privatwirtschaft miteinbeziehe. Hier setze die Landesregierung in der Tat einen Akzent und wolle das weiter ausbauen und stärken und überlege, mit welchen Förderinstrumenten das möglich sei.

Das Thema „Südafrika“ sei angesprochen worden. Es sei auch im Ausschuss angekündigt gewesen, dass für den Sommer eine Reise geplant gewesen sei, die eine Bestandsaufnahme aus Sicht der Landesregierung hätte leisten sollen, was möglich sei, wo es Anknüpfungspunkte gebe. Das sei auch der COVID-Situation zum Opfer gefallen. Südafrika sei besonders intensiv von dieser Krise betroffen. Obwohl genaue Zahlen nicht vorlägen, gehe man davon aus, dass ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung tatsächlich infiziert sei. Das sei eine Krise, die das Land enorm hart treffe, die auch andere afrikanische Länder sehr hart treffen werde – das müsse er sagen –, allein in Südafrika 20.000 Tote.

In so einer Situation wäre eine Reise, auf der man sich sozusagen informiert hätte, nicht richtig am Platz. Es sei fest geplant, dies nachzuholen und zu sehen, wo es weitere Anknüpfungspunkte gebe. Man habe momentan keine lebendige Partnerschaft. Das habe man mit der Region Mpumalanga vorgefunden, das habe sich nie so entwickelt, wie es sich einige erhofft hätten. Jetzt müsste man sehen, wie man mit diesem Land vielleicht andere Formen finde. Dass das ein enormes wirtschaftliches, ein gesellschaftliches, ein politisches Potenzial habe, müsse man niemandem erzählen, der Afrika nur ein bisschen kenne. Insofern sei das etwas, was die Landesregierung mit Sicherheit nachholen werde.

Dann sei Jordanien angesprochen worden. Da habe man in der Tat eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Blick. Das gelte für Ghana auch. Da gebe es neue Perspektiven durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Da gebe es ein großes Interesse der

jordanischen Seite, gemeinsam mit Wirtschaftsvertretern hier Ausbildungsperspektiven zu schaffen. Das sei auch etwas, was geplant werde, womit man gerade jungen Menschen dort, die keine Perspektive hätten, weil der Arbeitsmarkt unter hohem Druck stehe – die Jugendarbeitslosigkeit sei hoch – gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft Perspektiven für die Ausbildung und Bildung anbieten wolle. Daran gebe es in Jordanien großes Interesse. Er denke, dass man bald mit den ersten Pilotprojekten starten könne. Das werde weitergehen und werde möglicherweise weitere Länder der Region umfassen können.

Neben Jordanien gehe es auch um andere Länder, denen man jetzt in der Corona-Situation im Rahmen der humanitären Soforthilfe geholfen habe. Die Flüchtlingssituation sei angesprochen worden. Da habe NRW für Unterstützung im Bereich Hygiene, medizinischer Versorgung gerade in dem großen Flüchtlingslager Azraq gesorgt. Das habe man auch in Ghana getan, wo das Land im Bereich Hygiene, Medizin, Gesundheit humanitäre Soforthilfe geleistet habe, weil man sich in einer solchen Krisensituation den Partnerländern auch verpflichtet fühle.

Sodann berät der **Ausschuss** die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten **Änderungsanträge**. Die Änderungsanträge – vgl. **Anlage** zu diesem Protokoll –, die Begründungen und die Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 17/4148 zu entnehmen. Im Folgenden werden darüber hinausgehende Wortbeiträge protokolliert.

Zu dem **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 02 030 – Europa – Titel (Neu) – Förderung von europaweiten Städte- und Regionalpartnerschaften mit Fokus Gesundheitspolitik** führt **Johannes Remmel (GRÜNE)** aus, dieser Antrag fuße auf den aktuellen Erfahrungen, die man im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Pandemie gesammelt habe. Es habe sich aufgrund der Struktur des Gesundheitswesens und des Infektionsschutzgesetzes herausgestellt, dass die Kommunen mit ihren Gesundheitsämtern eine zentrale Rolle hätten. Die Gesundheitsämter seien in der politischen Sichtbarkeit und Diskussion lange unterbewertet gewesen. Sie rückten jetzt in den Mittelpunkt, auch hinsichtlich ihrer Handlungsfähigkeit.

Man erlebe an anderer Stelle, insbesondere in Frankreich, dass durch die Pandemie die Frage der Regionalstrukturen und die Frage der regionalen Bekämpfung eine neue Bedeutung bekommen habe. Erstmals seien Kompetenzen von dem französischen Staatspräsidenten notgedrungen auch regional orientiert worden. Seine Fraktion meine, dass diese neuen Erfahrungen, die die unterschiedlichen Kommunen in Europa gesammelt hätten, grenzüberschreitend ausgetauscht werden sollten im Rahmen der Städtepartnerschaften, die bestünden. Dieser Ansatz solle den Austausch und die Weiterentwicklung regionaler bzw. kommunaler Gesundheitspolitik ermöglichen.

Zu dem **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 02 030 – Europa – Titel (Neu) – Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen „Heimat in Europa“** erläutert Johannes Remmel (GRÜNE), hier handele es sich um einen Antrag, der sich unmittelbar aus der Verfassungsänderung ergebe. Alle hätten begrüßt, dass die nordrhein-westfälische Verfassung mit einem Europabezug versehen worden sei.

Alle hätten betont, insbesondere der Minister, dass das nicht nur eine Beschreibung des Status Quo sei, sondern ein Auftrag. Nun hätten die Länder einen besonderen Auftrag im Bereich der Bildung. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass sich dieser Verfassungsauftrag auch im Haushalt abbilden müsse, und zwar als Bildungsauftrag. Es gehe nicht nur darum, Europaschulen zu prämiieren und den Status Quo zu halten. Im Prinzip sei es die Idee, dass Staatsbürgerkunde auch Europa und die europäische Staatsbürgerschaft umfasse. Das sollte sich nicht nur auf Schulen beziehen, sondern insbesondere auch auf Weiterbildungseinrichtungen.

Er habe in der Vergangenheit auch schon kritisiert, dass vor allem im Bereich der Europaschulen der Schwerpunkt im Bildungsministerium liege und im Europaministerium bestimmte Auszeichnungen erfolgten. Seiner Auffassung nach sollte hier das Europa-ministerium, was die Formulierung dieses Auftrags aus der Verfassung in Bildungsbe-reichen angehe, stärkere Akzente setzen.

Zu dem **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 02 030 – Europa – Titel (Neu) – „Einrichtung eines interdisziplinären Reallabors als Euro-päisches Bauhaus in Gründung“** – gibt Johannes Rimmel (GRÜNE) an, Kollege Nückel habe darauf hingewiesen. Man könnte diesen Antrag auch dem Baubereich, dem Wohnungsbereich, dem Städtebau oder der Stadtentwicklung zuordnen. Wenn die Koalitionsfraktionen ein Signal geben würden, dass sie dem zustimmen könnten, dann würde er sich überlegen, ob er den Antrag in einem anderen Ausschuss stellen sollte. Im Plenum werde auch noch darüber diskutiert.

Die Zuständigkeit gebe es in zweierlei Hinsicht in diesem Ministerium: Zum einen be-treffe dies europäische Fragestellungen, zum anderen werde die Ruhr-Konferenz vom Minister maßgeblich begleitet. Seine Fraktion wolle hier dem Minister ein Präsent kre-ndenzen, weil so viel Konkretes bisher aus der Ruhr-Konferenz noch nicht herausge-kommen sei. Hier gäbe es die Möglichkeit, einen deutlichen Akzent zu setzen.

Frau EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen habe unter der Unterschrift „Green Deal“ insbesondere die Anstrengungen, die bei der Sanierung und Gestaltung der Städte unter Klimagesichtspunkten zu verstärken seien, einen wesentlichen Impuls gesetzt. Frau von der Leyen habe die Idee, die er sehr begrüße: Das, was in den 20er-Jahren in Deutschland mit dem Bauhaus, der Modernisierung und dem interdisziplinä-rem Zusammenwirken unterschiedlicher Gewerke und Disziplinen gelungen sei – es sei etwas Neues kreiert worden –, hier unter die Überschrift Klimaschutzmaßnahmen des Green Deals gestellt. Fünf solcher Bauhäuser sollten in Europa entstehen. Eins nach Nordrhein-Westfalen zu holen, müsste doch Ziel aller sein.

Seine Fraktion habe das als erste aufgegriffen. Wenn das die Koalitionsfraktionen zu ihrer Idee machen wollten, würde er auch zurückstehen. Er finde, das sei eine gute Idee. Das würde vor allem den Regionen helfen, die vom Strukturwandel nach wie vor betroffen seien. Er verweise auf das nördliche Ruhrgebiet. Im Übrigen gebe es dort eine größere Lücke, die man füllen könnte.

Zu dem **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten – Titel (Neu) – Koordination der internationalen**

Kommunalpartnerschaften – gibt Johannes Remmel (GRÜNE) an, die Idee sei dadurch entstanden, dass er in seiner Funktion als Leiter der Parlamentariergruppe Nordrhein-Westfalen – China an einem Austausch auf Bundesebene teilgenommen habe, und zwar der Städte, die deutsch-chinesische Partnerschaften pflegten. Die Bundesregierung organisiere seit Längerem regelmäßigen Erfahrungsaustausch. Auf nordrhein-westfälischer Ebene gebe es so etwas nicht. Die Kommunen hätten das auch beklagt.

Nun müsse man nicht anfangen, in Nordrhein-Westfalen eine China-Strategie zu entwickeln. Dass es hier aber Bedarf nach einem Austausch gebe, gerade unter den globalen Vorzeichen, die sich zurzeit weniger entspannt zeigten, wie man bestimmte Fragen koordiniert anspreche – Hongkong, die Menschenrechtssituation –, das schein ein Bedarf zu sein, der auch von den Kommunen und von denjenigen, die sich um den Austausch bemühten, formuliert werde, dass man hier Gesprächspartnern gegenüber sitze, die schon koordiniert bestimmte Positionen vortrügen oder dazu keine Meinung hätten. Da werde die deutsche Seite oft nicht entsprechend unterstützt und vorbereitet. Er meine, dass es hier Bedarf gebe.

Im Austausch mit seiner Kollegin Aymaz sei das auch für die Türkei formuliert worden. Auch da gebe es sehr viele Städtepartnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen Kommunen und der Türkei. Man habe sich die beiden herausgegriffen, weil im Moment besonders schwierige Situationen zu bewältigen seien und weil beide Bereiche sehr viele Städtepartnerschaften im internationalen Bereich umfassen würden. Da gebe es Bedarf zu koordinieren. Das müsse nicht durch die Landesregierung passieren. Man könne es auch an eine Organisation geben. Insofern werde vorgeschlagen, Projekt-mittel im Haushalt zu etatisieren.

Der Ausschuss für Europa und Internationales stimmt dem Einzelplan 02 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert zu.

